Stadt Arnsberg
Bürgermeister – Ralf Paul Bittner
Hellefelder Straße 8
59821 Arnsberg

Ansprechpartner: Larissa Martinschledde
FIM Team Caritasverband Arnsberg-Sundern e.V.
Telefon: 0 29 31 545054
Mobil: 01738781676
Mail: l.martinschledde@caritas-arnsberg.de
Datum: 10. Februar 2025

Stellungnahme des Arnsberger Netzwerkes für Vielfalt und Toleranz zur Bezahlkarte für Asylbewerber*innen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir, das Netzwerk Arnsberg für Vielfalt und Toleranz, koordiniert vom Caritasverband Arnsberg-Sundern e.V., setzen uns seit vielen Jahren gemeinsam für Geflüchtete ein. In unserem Netzwerk arbeiten Hauptamtliche und Ehrenamtliche, Vereine und Organisationen zusammen und wir bemühen uns gemeinsam, alle Neuankömmlinge schneller und besser zu integrieren und gemeinsam Hindernisse aus dem Weg zu räumen.
Zuletzt haben wir unser Augenmerk auch auf die Akzeptanz von Vielfalt gerichtet. Der Caritasverband Arnsberg – Sundern e.V., Fachbereich Sozialraumorientierung, veranstaltete im Kalenderjahr 2024 in diesem Kontext, unter anderem eine Veranstaltungsreihe „Mahnwachen für Demokratie und Vielfalt".
Unsere Mitglieder beteiligen sich mit verschiedensten Aktionen an den Arnsberger Wochen gegen Rassismus – für Toleranz, die unter dem Motto „Menschenwürde schützen" stattfindet.

Die Stadt Arnsberg steht vor der Entscheidung die sogenannte „Bezahlkarte" einzuführen oder diese abzulehnen.

Aus Sicht des Netzwerks ist die Bezahlkarte diskriminierend, stigmatisierend und widerspricht den Zielen einer schnellen und zielgerichteten Integration zugewanderter Menschen.
Menschen, die ohnehin nur über das Existenzminimum verfügen, werden zusätzlich eingeschränkt. Mit der Bezahlkarte können keine eigenständigen Überweisungen getätigt werden, es kann nicht auf Märkten, nicht online, nicht auf secondhand-Plattformen, nicht in Sozialkaufhäusern, nicht in Imbissen eingekauft werden. Anmeldungen in Sportvereinen und Abschlüsse von Telefon- und Internetverträgen und Versicherungen sind ohne Konto nicht möglich, auch ein Deutschlandticket kann nicht erworben werden. Digitale Zahlungsmöglichkeiten scheiden aus.
Kleine alltägliche Ausgaben, wie Taschengeld für den Schulausflug der Kinder, Kopiergeld und der Besuch einer öffentlichen Toilette werden zur Herausforderung.

Die Inhaber einer Bezahlkarte sind leicht zu erkennen und werden stigmatisiert, das widerspricht der Menschwürde.

Pauschale Begrenzungen der Barbeträge im Rahmen der Bezahlkarte sind schon vielfach beklagt und von Sozialgerichten als rechtswidrig befunden worden. Die Gerichte verlangen Einzelfallprüfungen, die mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden sind.
Eine restriktive Bezahlkarte verletzt den Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums und das Recht auf Gleichheit.
Die Bezahlkarte begegnet auch Bedenken in Bezug auf den Datenschutz.

Eine Bezahlkarte bedeutet zusätzliche Kosten für die Stadt, einen höheren Verwaltungsaufwand und vermutlich mehr Personal. Lassen Sie uns diese Ressourcen lieber verwenden, um weiterhin gemeinsam geflüchtete Menschen schneller zu integrieren.

Setzen Sie sich bitte, gemeinsam mit uns gegen die Einführung einer Bezahlkarte ein, wählen Sie die Opt-Out-Regel, von der Kommunen Gebrauch machen können. Die Städte Dortmund, Bochum, Paderborn, Münster, Bonn, Kleve, Krefeld und Düsseldorf sind diesen Weg schon vorangegangen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Larissa Martinschledde
i. A. des Netzwerkes für Vielfalt und Toleranz